



An die
Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Christa Gabriel

Rathaus Wiesbaden

Wiesbaden, 12. September 2019

Ersetzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antrag der SPD-Fraktion 19-F-01- 0012 „Kein Eingriff in die Selbstverwaltung der Kommunen“
TOP 4, TO I der Stadtverordnetenversammlung am 12. September 2019

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Landtag und die Landesregierung auf, die Mittel der auslaufenden erhöhten Gewerbesteuerumlage ab dem 1. Januar 2020 komplett den Kommunen zur Verfügung zu stellen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet in diesem Zusammenhang, dass im Geiste der Kommunalen Selbstverwaltung die Mittel den Kommunen so zur Verfügung stehen, dass sie frei über deren Verwendung entscheiden können.
3. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zur interkommunalen Solidarität auf Basis der jeweiligen Finanzkraft und unter Berücksichtigung der jeweiligen Belastungen. Die Realisierung erfolgt über den Kommunalen Finanzausgleich.
4. Die Stadtverordnetenversammlung hebt hervor, dass gerade der Ballungsraum vor enormen Herausforderungen insbesondere durch starken Zuzug und den Erfordernissen der Luftreinhaltung steht. Zur Bewältigung dieser und weiterer Aufgaben sind auch die Kommunen im Ballungsraum auf finanzielle Unterstützung angewiesen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet deshalb, dass das Land Hessen zumindest in die im Programm „Starke Heimat Hessen“ genannten Projekte investiert und die Kommunen bei der Erbringung ihrer Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger wirksam unterstützt.

Christiane Hinnerger
Fraktionsvorsitzende

Matthias Schulz
Fraktionsgeschäftsstellenleiter